

9. Landesparteitag der Linkspartei.PDS Thüringen

1. Tagung, Eisenberg, 04. / 05. 03. 2006

Beschluss

zu Grundsätzen bei der Entwicklung einer langfristigen effektiven Struktur der Linkspartei.PDS - Landesverband Thüringen

(beschlossen mit 12 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen)

0. Zielstellung

Ziel einer Strukturreform des Landesverbandes ist die weitere Gewährleistung der politischen Arbeit des Landesverbandes unter veränderten personellen, materiellen und finanziellen Rahmenbedingungen. Wahlkämpfe, Kampagnen und Aktionen zeigen, dass die personelle Absicherung solcher Aktivitäten für alle Kreisverbände immer schwieriger wird. Deshalb wird ein konzentrierter ehrenamtlicher und hauptamtlicher Personaleinsatz immer notwendiger.

In Zukunft werden durch die Kreisverbände bei Kampagnen und Wahlkämpfen auch professionelle Institutionen eingesetzt. Da dies aber mit höheren finanziellen Ausgaben verbunden ist muss über neue Strukturen im Landesverband nachgedacht werden. Sie sollen einen konzentrierten Einsatz der personellen und finanziellen Ressourcen gewährleisten und sicherstellen, dass der Landesverband mit seinen Untergliederungen seine politischen Aufgaben erfüllen kann.

Dieser Beschluss ist die Fortschreibung der gültigen Finanz- und Strukturbeschlüsse der Parteitage von Sömmerda 2000 und Ilmenau im Jahre 2002. Die sich entwickelnde Struktur muss längerfristigen Charakter tragen und die politische Handlungsfähigkeit des Landesverbandes über das Jahr 2010 hinaus gewährleisten. Die Strukturelemente müssen so gestaltet werden, dass sie fortschreibungsfähig und weitgehend unabhängig von Wahlergebnissen sind. Diese Grundstruktur kann jederzeit bei vorausgesetzten erfolgreichen Wahlergebnissen durch weitere Elemente, wie Wahlbüros, ergänzt werden.

1. Ausgangslage

Im Gegensatz zu den meisten anderen Landesverbänden arbeitet die Thüringer Linkspartei.PDS seit 1992 auf der Grundlage eines Finanzkonzeptes "von unten": In den Kreis- und Stadtverbänden werden insbesondere die Mitgliedsbeiträge gezahlt; der Landesvorstand erhält von den Kreisen die Mittel für seine Arbeit. Seit 2003 ist auch ein zweites Ziel dieses Konzeptes, die völlige Eigenfinanzierung der Arbeit des Landesverbandes aus eigenen Mitteln, Realität.

In den letzten Jahren verstärkte sich der Eindruck, dass die damit verbundene Nähe der Mitglieder zu ihren Kreis- bzw. Stadtverbänden eine engere Bindung an die Partei erlaubt, als im Falle der regelmäßigen Beitragszahlung über den Landesvorstand (wie in vielen anderen Bundesländern). Das Interesse an stabilen Beitragseinnahmen in den Kreisverbänden ist dementsprechend größer.

Der Landesparteitag in Ilmenau 2002 beschloss ein mittelfristiges Finanzkonzept bis zum Jahr 2008. Eine Reihe der dort aufgestellte Prognose-Werte wurden realisiert oder übererfüllt.

Ausgenommen davon sind die Beiträge. Nach dem Brief des Landesvorsitzenden Ende 2001 an alle Mitglieder des Landesverbandes in Vorbereitung der Euro-Einführung zum Lastschrift-Einzug von Beiträgen überzugehen und statutengerecht zu zahlen, gab es 2002 einen enormen Beitragssprung.

Dieses Niveau konnte aber bereits ab 2003 nicht mehr aufrechterhalten werden, obwohl sich die Mitgliederzahl im Rahmen der 2002'er Prognose entwickelte. Statt um 5 % stieg der durchschnittliche Beitrag je Mitglied jährlich um etwa die Hälfte. Die Anzahl der Teilnehmer am Beitragseinzugsverfahren stieg seit 2002 nur unwesentlich auf heute 44,6 %. Wir haben jährlich zwischen 500 und 700 Nichtzahler und eine ähnliche Anzahl Mitglieder, die für weniger als 12 Monate ihre Beiträge zahlen, obwohl sie ganzjährig organisiert sind.

Nicht voraussehbar waren 2002 ausbleibende Rentenerhöhungen und nun auch noch neue Rentenbesteuerungen, die gerade unsere Mitglieder stärker als andere Parteien treffen.

Ein Teil der Beitragsrückgänge konnte durch steigende Spenden - hier vor allem der Mandatsträger aller Ebenen (voran unserer Landtagsabgeordneten) - ausgeglichen werden. Zunehmend gelingt es uns, durch zielgerichtete Aktionen und regelmäßigen Kontakt zu unseren Mitgliedern und SympathisantInnen dauerhaft Spenden und Mandatsbeiträge einzuwerben. Beste Erfahrungen aus den Kreisen müssen verallgemeinert werden.

216 unserer 269 Mitglieder der Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte spendeten 2005 an ihre PDS-Gebietsverbände.

Die Finanzierung der Partei und unsere Finanzstrukturen erfordern mehr Öffentlichkeitsarbeit als bisher. Nach der Gewinnung vieler neuer Mitglieder 2005 wachsen die Anforderungen an uns, diese in der PDS nicht nur zu halten, sondern sie auch aktiv werden zu lassen und weitere zu gewinnen.

Sowohl dafür als auch für Kontakte zu möglichst vielen Mitgliedern, SympathisantInnen, interessierten BürgerInnen, Vereinen und Verbänden brauchen wir ein möglichst breites Netz von Ansprechpartnern vor Ort, benötigen wir ein Netz von Geschäftsstellen und moderne Kommunikation. Im Geschäftsstellenbetrieb konnten durch Umzüge und Synergieeffekte mit Wahlkreisbüros Einsparungen erzielt werden. Trotz rückgängiger Beiträge konnten wir die politische Arbeit und die Wahlkämpfe auf hohem Niveau aufrecht erhalten. Dazu trug auch die gemeinsame Finanzierung politischer Höhepunkte und von Wahlen durch die Gebietsverbände und den Landesvorstand bei.

2005 gelang uns eine Senkung der Personalkosten unter die 2002 prognostizierten Werte infolge der hervorragenden Wahlergebnisse von 2004 und 2005.

Die folgenden Übersichten messen die 2002 in Ilmenau prognostizierten Werte an den tatsächlich bis 2005 (hier vorläufige Werte!) erreichten Ergebnissen.

Ausgehend von den Planwerten 2006 im Ergebnis der Planberatungen in den Kreisen und im LV werden anschließend neue Prognosewerte bis zum Jahr 2010 aufgestellt.

2. Politische Grundsätze für eine langfristige Strukturentwicklung

Der Landesverband hat grundsätzliche politische Aufgaben zu erfüllen. Auch in Zukunft kommt es darauf an, zur neoliberalen Politik des Kapitals alternative Politikangebote für soziale Gerechtigkeit und für die Entwicklung einer Gesellschaft, in der jede und jeder gleiche Chancen zur Entwicklung seiner Persönlichkeit hat, zu entwickeln.

Zugleich kommt es darauf an, auf kommunaler Ebene die politische Verantwortung auszubauen und bereit zu sein, nach entsprechendem Wählervotum diese auch im Land zu übernehmen.

Dazu muss die Linkspartei bei den Menschen im Land verwurzelt sein. Das kann sie aber nur als eine Mitgliederpartei.

Der Landesverband steht dabei vor neuen Aufgaben, die in den nächsten Jahren gemeistert werden müssen. Diese sind unter anderen:

- eine ständige programmatische, strategische und organisatorische Arbeit, insbesondere bei der Herausbildung einer neuen Linkspartei,
- Beförderung und Unterstützung vielfältiger Formen der Mitbestimmung und insbesondere der direkten Demokratie,
- erfolgreiche Bewältigung des Superwahljahres 2009 mit Wahlen zum Europaparlament, zum Deutschen Bundestag und zum Thüringer Landtag sowie die Kommunalwahlen.
- Für den Landtagswahlkampf ist unser Ziel die Abwahl der Thüringer CDU-Landesregierung,
- eine offensivere Mitgliederwerbung
- weitere Aufgaben laut Beschluss des Sömmerdaer Parteitages vom Jahre 2005, insbesondere die Weiterentwicklung effektiver und öffentlichkeitswirksamer Kommunikationsstrukturen

Diese Aufgaben verlangen eine Struktur, die eine politische Führung der Partei auf Landesebene sowie in den kreisfreien Städten und Landkreisen gewährleistet. Dazu gehört eine leistungsfähige Landesgeschäftsstelle ebenso wie Ansprechstellen in den Gebietsverbänden. Unter Beachtung betriebswirtschaftlicher Aspekte müssen so die Kampagnenfähigkeit und die Verbindung zur lokalen und überregionalen Politik genauso gewährleistet werden, wie der Kontakt zu unseren Mitgliedern.

Dazu hat die Landesgeschäftsstelle folgende Schwerpunktaufgaben zu gewährleisten:

- Leitung und Koordinierung der politischen Arbeit,
- Umsetzung der Beschlüsse von Parteitag, Landesvorstandsbeschlüsse und Verantwortung für die Umsetzung der Landeswahlprogramme
- Stärkung der politischen Handlungsfähigkeiten der Untergliederungen
- Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit mit politischen Partnern
- Aufbau und Unterstützung Jugendstrukturen
- Organisation der politischen Bildung
- Erfüllung der Aufgaben entsprechend des Parteigesetzes
- Führung von Wahlkämpfen und Kampagnen

Zur Erfüllung dieser Aufgaben hat der Landesvorstand bis Ende 2006 die vorhandenen Stellen und die damit verbundenen funktionalen Aufgaben zu analysieren und bei Bedarf eine neue funktionale Ausrichtung der einzelnen Stellen zu bestimmen. Wichtigste Partner zur Umsetzung dieser Aufgaben in den Regionen sind die Kreisverbände der Partei. Sie haben folgende Aufgaben:

- Politische Arbeit vor Ort
- Betreuung der Kommunalen Räte
- Führung der Kommunalabgeordneten
- Wahlkampffähigkeit
- politische Bildung u.a.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, bedarf es Ansprechstellen vor Ort. Deshalb sollen entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kreisverbände solange wie möglich in der gegenwärtigen Struktur unserer Kreisverbände jeweils eine Kreisgeschäftsstelle erhalten bleiben - auch bei einer Schaffung künftiger Regionalverbände. Entsprechend des Beschlusses des Suhler Parteitages 2004 sind zusätzliche Geschäftsstellen in den Kreisen bei Beachtung bestehender Verträge zu schließen.

Im Auftrag des Landesvorstandes bereitet die AG Strukturentwicklung beim Landesvorstand notwendige Entscheidungen für diesen Prozess vor. Grundsätzlich sind die Kreisverbände und der Betriebsrat in den Prozess der Strukturreform durch regelmäßige Konsultationen während der einzelnen Schritte einzubeziehen, auch über Regionalkonferenzen. Der Betriebsrat arbeitet in der AG Strukturentwicklung beim Landesvorstand mit.

Es gilt der Grundsatz: Keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen. Gleichzeitig werden während der Phasen der Strukturreform keine zusätzlichen Neueinstellungen vorgenommen.

3. Organisatorische Grundsätze einer Strukturreform

Um den veränderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden, sollte die Strukturentwicklung in zwei Schritten erfolgen.

1. Schritt :

- Prüfung der Funktionalität der Landesgeschäftsstelle sowie der weiteren Strukturen, welche unmittelbar beim Landesvorstand und der Landesgeschäftsstelle angegliedert sind, wie AG's und Ableitung von möglichen Veränderungen
- Schaffung von Regionalverbänden

Diese Regionalverbände bestehen aus nach wie vor selbständigen Kreisverbänden. Ihre Aufgabe ist die Koordinierung und gemeinsame Organisation von Aufgaben, wie Wahlkämpfen, Kampagnen und Erfahrungsaustausch sowie die Mitgliedergewinnung und -pflege.

Diese Regionalverbände sollen sich aus benachbarten Kreisverbänden zusammensetzen. Hierbei könnten die Bundestagswahlkreise als Grundstruktur dienen. Gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden erarbeitet der Landesvorstand bis Jahresende 2006 den Vorschlag für eine Regionalstruktur.

Innerhalb der Regionalverbände koordinieren die bestehenden Kreisvorstände regelmäßig ihre Arbeit.

Dabei sind gemeinsame Finanzierungen von Veranstaltungen und regionalen Kampagnen möglich, bei denen Synergieeffekte genutzt werden können.

Die Bildung von gemeinsamen Fonds für Aktionen aus Mitteln der Kreisverbände ist möglich.

Umsetzung bis Ende 2006

Nach Herausbildung dieser Regionalverbände werden Regionalmitarbeiter zur Unterstützung dieser Verbände bei Beachtung der arbeits- und tarifrechtlichen Prinzipien zugeteilt.

Dazu hat der Landesvorstand die Funktionspläne für Regionalmitarbeiter entsprechend der neuen Anforderungen zu überarbeiten.

Umsetzung bis 31.03.2007

Im 2. Halbjahr des Jahres 2007 wird in einer landesweiten Strukturkonferenz der neuen Linkspartei am Ende dieser Periode diese Form der Zusammenarbeit analysiert und die weitere Strukturentwicklung beraten.

Strategisch können wir uns nachfolgenden zweiten Schritt zur Strukturentwicklung vorstellen:

Nach einer gründlichen Analyse der Arbeit der Regionalverbände könnten diese zur Herausbildung von selbstständigen Regionalverbänden bei Auflösung der Kreisverbände führen. Dies muss verbunden sein mit einer Stärkung der Stadt- und Ortsverbände und mit der Erhaltung von Ansprechstellen vor Ort.

Die AG Struktur unterbreitet dem Landesvorstand im 1. Halbjahr 2007 einen Vorschlag für ein Finanzkonzept für diese neue Strukturform. Dabei ist zu prüfen ob im Landesverband Möglichkeiten geschaffen werden können, die Umwandlung von Regionalverbänden in Regionalverbände finanziell zu unterstützen.

Wenn die Bereitschaft in einem Regionalverbund vorliegt, besteht schon vor diesem Zeitpunkt die Möglichkeit zur Gründung eines Regionalverbandes als Modellprojekt. Dabei können die gesammelten Erfahrungen in den weiteren Prozess einfließen.

Für die Gründung der Regionalverbände hat der Landesvorstand einen organisatorischen Handlungsrahmen festzulegen, der alle organisatorischen, materiellen und finanziellen Abläufe regelt.

Bis zur Bildung der Regionalverbände ist im Landesverband zu klären, welche territoriale Zuordnung erfolgen soll.

Anlage zum Strukturkonzept:
Linkspartei.PDS Thüringen

Geschäftsstellenstruktur Linkspartei.PDS und ihrer Fraktionen und Abgeordneten in Thüringen

1. Gliederung der Linkspartei.PDS Thüringen:

staatlich: 17 Landkreise und 6 kreisfreie Städte (23)
Partei: 17 Kreis- und 4 Stadtverbände (21)
(Wartburgkreis + Eisenach = 1 KV, Weimar + Weim. Land = 1 KV)

2. Geschäftsstellen Linkspartei.PDS Thüringen und Personal:

Gebietsverband	Anzahl	Hauptstelle	Regionalstelle	Personal	
Landesvorstand	1	Erfurt		6,0	
Landes-Jugendbüro	1	Erfurt		1,0	
Altenburger Land	1	Altenburg		0,5	
Apolda-Weimar	2	Weimar	Apolda	1,0	
Eichsfeld	1	Heiligenstadt		geringfg.	**
Erfurt	1	Erfurt		1,0	
Gera	1	Gera		1,0	
Gotha	1	Gotha		0,5	
Greiz	1	Greiz		0,5	
Hildburghausen	1	Hildburghausen		1,0	
Ilmkreis	2	Arnstadt	Ilmenau	geringfg.	**
Jena	1	Jena		1,0	
Kyffhäuserkreis	2	Artern	Sondershausen	-	
Nordhausen	1	Nordhausen		-	
Saale-Holzland-Kreis	1	Hermsdorf		-	
Saale-Orla-Kreis	3	Schleiz	Lobenstein *, Pößneck	-	
Saalfeld-Rudolstadt	2	Saalfeld	Rudolstadt	-	
Schmalkald.-Meiningen	2	Schmalkalden	Meiningen	1,0	***
Sömmerda	1	Sömmerda		0,5	
Sonneberg	2	Sonneberg	Neuhaus	-	
Suhl	1	Suhl		geringfg.	**
Unstrut-Hainich-Kreis	1	Mühlhausen		geringfg.	**
Wartburgkreis	2	Bad Salzungen	Eisenach	0,5	
Summe	32			15,5	4gfg

Beschlußlage ist, alle Zweit-Geschäftsstellen der Partei ab Mitte 2006 zu schließen, soweit vertraglich möglich.

Anmerkungen: * wird in Kürze geschlossen.
** geringfügige Beschäftigungen – von 100,- bis zu 345,- €/Monat
im Eichsfeld befristet bis 31.03.2006
*** befristet bis 30.06.2006

3. Geschäftsstellen der Fraktionen und Abgeordneten

<u>Gebietsverband</u>	<u>Standort</u>	<u>Kommunal</u>	<u>Landtag</u>	<u>Bundestag*</u>	<u>Europa</u>
Altenburger Land	Altenburg		1		
Altenburger Land	Schmölln		1		
Apolda-Weimar	Weimar	1		1 (2 MdB, in Vorbereit.)	1
Apolda-Weimar	Apolda		1		
Eichsfeld	Leinefelde-W.		1		
Erfurt	Erfurt / LV	1	2 (3 MdL)	2	
Gera	Gera	1	2	1	
Gotha	Gotha	1	1		
Greiz	Greiz		1		
Hildburghausen	Hildburghausen		1		
Ilmkreis	Ilmenau		1	1	
Ilmkreis	Arnstadt		1		
Jena	Jena	1	1	1	
Kyffhäuserkreis	Bad Frankenhausen			1	
Nordhausen	Nordhausen		1		
Saale-Holzland-Kreis	Hermsdorf		1		
Saale-Orla-Kreis	Schleiz		1		
Saale-Holzland-Kreis	Pößneck		1		
Saalfeld-Rudolstadt	Saalfeld		1		
Schmalk.-Meiningen	Meiningen		1		
Sömmerda	Sömmerda		1		
Sonneberg	Sonneberg		1		
Suhl	Suhl		1		
Unstrut-Hainich-Kr.	Mühlhausen		1		
Unstrut-Hainich-Kr.	Bad Langensalza		1		
Wartburgkreis	Bad Salzungen	1	1		
Wartburgkreis	Eisenach		1		
gesamt		6	27	7	1

* einige MdB haben 2 Büros

4. Gesamtzahl Geschäftsstellen des Landesverbandes, der Fraktionen und Abgeordneten in/bei der Linkspartei.PDS Thüringen nach PDS-Gebietsverbänden:

<u>Gliederung</u>	<u>Büros</u>	<u>Bemerkung</u>	<u>Gliederung</u>	<u>Büros</u>	<u>Bemerkung</u>
Altenburger Land	2	Gemeinschaft *	Nordhausen	2	
Apolda-Weimar	4	davon 1 Gem.	Saale-Holzland	1	Gemeinschaft
Eichsfeld	2		Saale-Orla-Kreis	4	davon 1 Gem.
Erfurt	3	davon 2 Gem.	Saalfeld-Rudolst.	2	davon 1 Gem.
Gera	2	davon 1 Gem.	Schmalkalden-M.	2	davon 1 Gem.
Gotha	2	davon 1 Gem.	Sömmerda	1	Gemeinschaft
Greiz	1	Gemeinschaft	Sonneberg	2	davon 1 Gem.
Hildburghausen	1	Gemeinschaft	Suhl	1	Gemeinschaft
Ilmkreis	3	davon 2 Gem.	Unstrut-Hainich	3	
Jena	1	Gemeinschaft	<u>Wartburgkreis</u>	<u>2</u>	<u>Gemeinschaften</u>
Kyffhäuserkreis	2		gesamt	43	

* Bürogemeinschaft (Unterbringung im gleichen Haus inbegriffen).

Hinzu kommt noch die Landtagsfraktion (1 Geschäftsstelle) in Erfurt.